

Antwort auf Anfragen	Geschäftsbereich	Zentrale Dienstleistungen
	Ressort / Stadtbetrieb	Zentrale Vergabestelle
	Bearbeiter/in	Angelika Behr
	Telefon (0202)	563 – 5556
	Fax (0202)	563 – 8536
	E-Mail	angelika.behr@stadt.wuppertal.de
	Datum:	21.12.2006
	Drucks.-Nr.:	VO/1179/06/1-A öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
18.01.2007	Ausschuss Zentrale Dienste	Entgegennahme o. B.
18.01.2007	Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Stadtmarketing	Entgegennahme o. B.
Vergaberecht und Schutz von Gemeinwohl		

Grund der Vorlage

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.11.2006 - Drs. Nr. VO/1179/06
 Berichterstattung zum fairen Beschaffungswesen gem. Drs. Nr. VO/0530/05/1-A

Beschlussvorschlag

Die Antworten der Verwaltung und der Bericht zum fairen Beschaffungswesen werden ohne Beschlussfassung entgegengenommen.

Einverständnisse

entfällt

Unterschrift

Dr. Slawig

Begründung

Frage 1.

Ist der Verwaltung bekannt, dass laut Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 11. Juli 2006 – 1 BvL 4/00 – Ausschreibungen an Bedingungen geknüpft werden können, die dem Schutz wichtiger Gemeinwohlbelange dienen?

Antwort:

Der Verwaltung ist der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 11. Juli 2006 bekannt.

Frage 2.

Teilt die Verwaltung die Auffassung, dass unter den Schutz wichtiger Gemeinwohlbelange auch Maßnahmen wie Ausschluss von Kinderarbeit oder die Vergabe von Ausbildungsplätzen fallen?

Antwort:

Die Verwaltung teilt die Auffassung

Frage 3.

Plant die Verwaltung Änderungen bei städt. Vergaben auf der Grundlage des o. g. Urteils?

Antwort:

Die Verwaltung plant zur Zeit keine Änderungen bei den städtischen Vergaben.

Soweit es zweckmäßig ist, werden Gemeinwohlbelange bereits heute bei städtischen Vergaben berücksichtigt. Ein wichtiges Beispiel ist das umweltfreundliche Beschaffungswesen.

Eine Ausweitung auf bisher nicht ausdrücklich berücksichtigte Gemeinwohlbelange ist - ganz abgesehen von möglichen Mehrkosten und deren Finanzierung - zur Zeit in praktikabler Weise nicht machbar. Die Verwaltung hat in ihrem Bericht vom 15.08.2005 (Drucksache Nr. VO/0530/05/1-A) zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum „fairen Beschaffungswesen in der Stadt Wuppertal“ (Drs. Nr. VO/0530/05) bereits ausgeführt, dass eine von den Bietern geforderte Erklärung, dass bestimmte Gemeinwohlbelange (z. B. in Bezug auf Verbot von Zwangsarbeit, Diskriminierungen, **Kinderarbeit** usw) von den angebotenen Produkten eingehalten werden, durch die Stadt Wuppertal überhaupt nicht überprüfbar wäre. Dies gilt in gleicher Weise für die in der jetzigen Anfrage genannten Gemeinwohlgesichtspunkte der Tariftreue und der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen. Nicht zuletzt war dies der Grund dafür, dass das Land NRW im Oktober 2006 das Tariftreuegesetz wieder abgeschafft hat. Auch der Ausbildungsplatzbonus ist durch Beschluss des Rates vom 02.07.2001 wieder aufgehoben worden.

In dem Bericht vom 15.08.2005 (Drucksache Nr. VO/0530/05/1-A) hat die Verwaltung sich zu ihrer Verantwortung bekannt und betont, dass es zu den originären Aufgaben des Zentraleinkaufs im Ressorts Allgemeine Dienste gehöre, die Märkte zu beobachten und Beschaffungsstandards einzuführen, und dass dabei selbstverständlich auch Fragen der Nachhaltigkeit und der Mindeststandards bei der Produktion und dem Vertrieb eine Rolle spielen.

Die Marktbeobachtung und die Einführung der Beschaffungsstandards können allerdings nach wie vor noch nicht so wahrgenommen werden, wie dies wünschenswert wäre. Durch einen Systemwechsel bei unserem Vertragspartner im Beschaffungswesen und die erforderlichen Anpassungen aufgrund der Einführung von NKF ist der Zentraleinkauf noch nicht in der Lage, diese Aufgaben in der wünschenswerten Weise wahrzunehmen.

Seit dem Bericht vom 15.08.2005 haben sich folgende Entwicklungen ergeben:

1. Im vergangenen Jahr wurde der Orangensaft für Veranstaltungen aus „Fairem Handel“ beschafft. Leider hat die Fa. Gepa die Verpackungsart von Glasflaschen auf Tetrapacks umgestellt, die für Veranstaltungen ungeeignet ist
2. die von der Fa. Gepa vertriebenen Fußbälle werden zz. vom Stadtbetrieb Sport und Bäder in Verbindung mit den Schulen getestet. Ein Ergebnis liegt zz. noch nicht vor.

Die Verwaltung wird im Ausschuss Zentrale Dienste weiterhin über die Entwicklung berichten.